



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|---|---|
| 30.08.2025 | Braunschweiger Zeitung: Asse-Atommüll: Grünen-Ministerin wirft Bundesregierung Untätigkeit vor | 3 |
| 29.08.2025 | rp-online: Atommüll kommt nach Ahaus: Wüst: „Ich kann auf jeden Castortransport gut verzichten“ | 5 |

Asse-Atommüll: Grünen-Ministerin wirft Bundesregierung Untätigkeit vor

Landesministerin Staudte stärkt Gegnern aus unserer Region den Rücken und sagt: „Berlin darf das Zwischenlager nicht einfach durchdrücken.“

Andre Dolle

Wolfenbüttel Die vielen Gegner des geplanten Atommüll-Zwischenlagers direkt an der Asse erhalten eine prominente Unterstützerin: Landesagrarministerin Miriam Staudte (Grüne) fordert, dass neben dem geplanten Standort direkt an der Asse unbedingt auch Standorte außerhalb des Landkreises Wolfenbüttel geprüft werden. Das sagte die Ministerin unserer Zeitung.

Einen Standort außerhalb des Landkreises lehnen sowohl das Bundesumweltministerium als auch der Asse-Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), bisher kategorisch ab. Staudte ist dabei aber nicht irgendwer. Sie ist auch Raumordnungsministerin und somit für Fragen des Zwischenlager-Standorts von Bedeutung.

Die Grünen-Politikerin wirft der Bundesregierung in dieser Frage Untätigkeit vor. Staudte sagte, dass es zwar die richtige Entscheidung ist, die 126.000 Fässer mit leicht- und mittelradioaktivem Atommüll aus dem alten maroden Bergwerk bei Wolfenbüttel zu bergen. Es bestehe aber weiterhin Klärungsbedarf, wo der Atommüll sicher zwischengelagert werden kann, „bis in Deutschland wirklich einmal ein Atommüllendlager besteht“. Vor allem aber, so Staudte: „Und doch kann es aus meiner Sicht nicht sein, dass man es sich in Berlin so einfach macht, keine erweiternde Standortsuche in Betracht zieht und ein Zwischenlager direkt vor Ort bei der Asse als nächstbeste Lösung durchdrücken will.“

Diese Sätze werden das Bundesumweltministerium und die BGE sicher nicht

gerne hören. Die Grünen-Politikerin erklärte: „Mich erreichen Schreiben besorgter Bürgerinnen und Bürger, aus denen der Wunsch nach einer erweiterten Standortsuche mehr als deutlich wird.“ Diese Erwartung teile sie „ausdrücklich“. Staudte sagte, dass sie diese Erwartung bereits an ihre Parteifreundin, Ex-Bundesumweltministerin Steffi Lemke, und nun auch an ihren Nachfolger, Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), mitgeteilt habe. Bisher offenbar ergebnislos, aber damit will sich Staudte nicht zufrieden geben.

Es ist tatsächlich für unsere Region keine banale Frage. Der Atommüll, der jetzt in der Asse lagert, wurde in den 60er und 70er Jahren aus der gesamten Bundesrepublik herangeschafft. Wenn alles gut läuft, soll der Atommüll ab dem Jahr 2033 zurückgeholt werden. Dann wird er mindestens 50 Jahre – vielleicht noch länger – in einem obertägigen Zwischenlager untergebracht werden müssen, bis ein noch zu findendes Endlager zur Verfügung steht.

Die Landrätin zog vom Leder

Die BGE sieht das Lager und die geplante Abfallbehandlungsanlage bisher in Steinwurfnähe vom alten Bergwerk vor. Dort soll der Müll in eine 250 Meter lange und 120 Meter breite Halle, so der Plan. In dieser Halle soll der geborgene Atommüll dann aus den größtenteils maroden 126.000 Fässern sicher verarbeitet, verpackt und dann gelagert werden. So viel ist seit ein paar Jahren schon bekannt. Anwohner, umliegende Kommunen, der Landkreis Wolfenbüttel und Umweltverbände wehren sich weiterhin gegen die Pläne.

Zuletzt erhob schon Wolfenbüttels Landrätin Christiana Steinbrügge Vorwürfe gegen die zuständigen Behörden und Bundesgesellschaften. Der Kern ihrer Kritik: Es wurden zu keinem Zeitpunkt Standort-Alternativen geprüft, obwohl die Gesetzeslage dies zwingend verlange.

Steinbrügge sagte laut Mitteilung im Nachgang der letzten Sitzung des Unterausschusses des Landkreises Wolfenbüttel: „Das Verfahren ist aus unserer Sicht nicht ordnungsgemäß verlaufen.“ Die Landrätin übte scharfe Kritik. Im Zentrum: Die BGE und das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL). Letzteres hatte die BGE-Pläne bis Ende Juni geprüft und keine Fehler hinsichtlich des Zwischenlager-Standorts gefunden. Steinbrügge sprach von „fehlender Verantwortung“ und „einseitigen Vorfestlegungen“.

Die ArL-Chefin Ulrike Witt wehrte sich auf Nachfrage gegen die Kritik der Landrätin. Witt erklärte: „Ich weise das zurück, dass wir unserem Auftrag nicht nachgekommen sind.“ Es gebe unterschiedliche Rechtsauffassungen, das komme vor. Gerade das Raumordnungsgesetz lasse unterschiedliche Interpretationen zu. Ulrike Witt sagte aber: „Der Landkreis hat es nicht verstanden.“

Das ArL müsse nur die Standorte prüfen, die auch ernsthaft in Betracht kommen würden. Ein bundesweiter Suchprozess wie beim Endlager für hochradioaktiven Atommüll komme hier nicht infrage. Die Landesbeauftragte für unsere Region sagte klipp und klar: „Wir


sind uns sicher mit unserer juristischen
Einschätzung.“

| | | | |
|----------------|-----------------|-------------|----------------------------------|
| Wörter: | 605 | Jahrgang: | 2025 |
| Autor/-in: | Andre Dolle | Nummer: | 202 |
| Seite: | 2 | Ausgabe: | Hauptausgabe |
| Ressort: | Thema des Tages | Auflage: | 18.977 (gedruckt) ¹ |
| Medienkanal: | PRINT | | 23.618 (verkauft) ¹ |
| Mediengattung: | Tageszeitung | | 23.872 (verbreitet) ¹ |
| Medientyp: | PRINT | Reichweite: | 0,07676 (in Mio) ² |

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rp-online

Atommüll kommt nach Ahaus: Wüst: „Ich kann auf jeden Castortransport gut verzichten“

29. August 2025 15:20 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Düsseldorf · Der Ministerpräsident äußert die Hoffnung, dass die Verlegung der radioaktiven Abfälle von Jülich ins Münsterland „ohne großes Tamtam“ abläuft. Die Bürgerinitiativen haben derweil einen weiteren Brandbrief an das Land geschrieben. Ein Fahne mit der Aufschrift „Atomkraft - Nein Danke“ hängt bei der Demonstration der Bürgerinitiative „Kein Atommüll“ vor dem Brennelement-Zwischenlager in Ahaus.

Von Maximilian Plück Leiter Redaktion Landespolitik

Nach der Genehmigung der 152 Castortransporte aus Jülich und zweier weiterer Transporte aus Garching ins Zwischenlager im münsterländischen Ahaus hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) Kritik am Bund geübt. Am Rande seiner Sommertour durchs Ruhrgebiet sagte der Regierungschef, der selbst aus der betroffenen Region stammt: „Ich kann auf jeden Castortransport gut verzichten. Aber es braucht am Ende eben auch eine Rechtssicherheit.“ Man sei seitens des Bundes und der zuständigen Behörden nicht bereit gewesen, den jetzigen Zustand zu verlängern. „Und so einfach baut man auch nicht mal eben ein neues Zwischenlager. Ich hoffe, dass das alles ohne großes Tamtam von sich gehen wird. Gebraucht hätte ich es nicht.“ Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte Anfang der Woche grünes Licht gegeben. Nun ist es an der Landesregierung, die Transporte vorzubereiten.

Während das NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsichtsbehörde für die Be- und Entladung der Fahrzeuge verantwortlich ist, muss das Innenministerium die Begleitung organisieren. Derzeit formiert sich bereits der Widerstand. Ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen aus Ahaus, Jülich und Münster wandte sich erneut in einem Schreiben an Wüst und seine Stellvertreterin, Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne). „Worauf sollen sich die Menschen in NRW verlassen, wenn selbst Sie sich nicht für die Umsetzung des schwarz-grünen Koalitionsvertrags einsetzen und sich politisch gegen diese Castor-Lawine stemmen?“, heißt es darin vorwurfsvoll. Schwere Vorwürfe erhoben die Initiativen vor allem gegen die Ministerin: „Sie waren in den letzten Jahren mehrfach in Ahaus und haben sich jedes Mal beharrlich geweigert, in der Öffentlichkeit und vor der Presse auch nur ein einziges Wort zum Thema Atommüll zu sagen. Das ist für die fachlich zuständige Ministerin nicht akzeptabel.“ Die Initiativen verlangen, das Land müsse umgehend alle Beteiligten aus Bund und Ländern zu ernsthaften Gesprächen über die Zukunft des Atommülls in Jülich und Garching einladen. Gemeint sind Bundesumweltminister Carsten Schneider, Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (beide SPD), Bundesforschungsministerin Dorothee Bär und der bayrische Ministerpräsident

Markus Söder (beide CSU). Zudem müssten die Grundstücke in Jülich für den Neubau eines Zwischenlagers dem Bund beziehungsweise der Betreibergesellschaft JEN übergeben und die Räumungsanordnung für das Atommülllager in Jülich zurückgenommen werden.

Auch solle das Land rechtliche Schritte gegen den vom BASE angeordneten Sofortvollzug für den Transport unternehmen. Und Wüst und Neubaur werden aufgerufen, persönlich nach Jülich und Ahaus zu kommen, um mit den Bürgern vor Ort zu sprechen. Der Grünen-Landesvorsitzende Tim Achtermeyer verlangte ein bundesweit tragfähiges Zwischenlagerkonzept. „Wir werden noch lange kein Endlager haben und brauchen deshalb Lösungen über Legislaturen hinaus.“ Die Zwischenlagerung von Atommüll erinnere ihn an das Stuhlspiel „Reise nach Jerusalem“ – nach jeder Runde falle ein weiteres Zwischenlager aus der Genehmigung, während das Problem von A nach B verschoben werde. „Es ist falsch, dass die neue Bundesregierung einer weiteren Zwischenlagerung in Jülich eine Absage erteilt, keine tragfähige Lösung bis zu einem Endlager schafft und offenbar nur von zwölf bis mittags denkt.“ Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatte am Donnerstag bereits Widerspruch beim BASE gegen die Transportgenehmigung eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Vize-Landeschefin Kerstin Cieslan bezeichnete es als skandalös, „dass das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung eine sorgfältige Prüfung der Rechtmäßigkeit der Transporte verhindern will“. Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Genehmigung solle der Rechtsweg abgeschnitten werden. „Dabei sind die für den Sofortvollzug angeführten Gründe an den Haaren herbeigezogen.“ Für den BUND ist nicht ersichtlich, aus welchem Grunde der Transport nunmehr sehr schnell vollzogen werden soll. Letztlich habe sich an der Situation seit Juni 2013 nichts geändert. Für diesen Sonntag haben die Atomkraftgegner für 14 Uhr zu „einem außerordentlichen Sonntagsspaziergang vor dem Zwischenlager in Ahaus-Ammeln“ aufgerufen. Für den 4. Oktober ist zudem eine Großdemo in der Ahauser Innenstadt geplant. Weitere Proteste seien in Vorbereitung.
